



## INHALT

**2 MIT Nordrhein-Westfalen**  
Live Dialog zu „Coronomics“  
Hendrik Wüst mit Floriansplakette des NRW-Handwerks ausgezeichnet  
Die Zukunft der Mobilität –  
Digitales Rhein-Sieg-Gespräch mit der Vorsitzenden des VDA

**5 MIT Bayern**  
Das Gastgewerbe braucht dringend Unterstützung  
Mit voller Kraft aus der Krise

**7 MIT Niedersachsen**  
MIT Harburg-Land weiterhin auf Erfolgskurs  
MIT Braunschweig mit digitalem Neujahrsempfang  
50 Jahre MIT

**9 MIT Schleswig-Holstein**  
Antrag der MIT Schleswig-Holstein wird bei der EU in Brüssel diskutiert

**10 MIT Hessen**  
MITeinander Gesetze MITgestalten

**10 MIT Rheinland-Pfalz**  
Erster Online-Bezirkstag der MIT Rheinhessen-Pfalz

**11 MIT Brandenburg**  
2021 – Das Jahr der Hoffnung

**12 MIT Thüringen**  
Petra Thieme ist neue Landesgeschäftsführerin

## Live Dialog zu „Coronomics“

**Kreis Gütersloh.** „Think beyond the obvious“ von Daniel Stelter ist der wohl trendigste Ökonomie-Podcast, den man heutzutage in Deutschland findet. Dass die MIT im Kreis Gütersloh und ihr Vorsitzender Mathias Westerbarkei für ihren ersten digitalen LIVE-DIALOG den angesagten Ökonomen Stelter gewinnen konnte, führte gleich zu einer Reichweite von einigen tausend Netznutzern und war auch inhaltlich ein tolles Event. Davon kann man sich weiterhin auf dem Youtube-Account der „MIT Kreis Gütersloh“ überzeugen.

Nach der Video-Vorstellung des jüngsten MIT-Neumitglieds informierte Westerbarkei die Zuschauer in einem öffentlichen Livestream auf Facebook und YouTube kurz über die Mittelstands- und Wirtschaftsunion und deren Aktivitäten im Kreis Gütersloh. Dr. Stelter trug seine Einschätzung zu den erwarteten, wirtschaftlichen Auswirkungen von Corona vor und übermittelte unverblümt und mit klarer Kante auch Handlungsempfehlungen für Unternehmer und Politik. Die Zuschauer konnten sich durch die im Stream eingeblendeten Fragen direkt einbringen. In dem anschließenden Dialog, einer Videokonferenz nur für MIT-Mitglieder, entstand eine lebhaft Diskussionsrunde zu den Ideen und durchaus kritischen Anregungen des Referenten, der sich sehr vehement für die Werte der sozialen Marktwirtschaft stark machte.

Stelter wies auf die „asymmetrische“ Krisenreaktionen der Notenbanken und den weltweiten Trend zur Erhöhung der Staatsverschuldung hin. Billiges Geld führte bereits vor Corona zur „Zombifizierung“ von Unternehmen (circa zehn Prozent unserer Unternehmen), die eigentlich nicht wettbewerbsfähig seien und verhindere so notwendigen Strukturwandel, Innovationen und Wachstum. Deutschland habe bislang durch einen schwachen Euro und starke Exporte sehr gut verdient, viel Geld gespart, aber nicht gut angelegt. Auch der Staat habe Überschüsse nicht gut investiert, zu wenig in Infrastruktur (Digitalisierung, Bildung, Mobilität) und zu stark in Gesundheits- und Rentenleistungen (deren Verpflichtungen nicht bilanziert werden).

Er appellierte, der Staat solle die kameralistische Buchführung auf Doppik umstellen, da nur eine vernünftige Bilanzierung unter Einbeziehung der Vermögen und Schulden richti-

ge Anreize für nachhaltige Staatshaushalte setze. Der Ökonom erwartet nach Corona eine Re-Regionalisierung und weitere Verstärkung des Protektionismus. Er befürwortet grundsätzlich die massive staatliche Stabilisierung der Wirtschaft, hätte jedoch einen zielgerichteteren und administrativ einfacheren Ansatz gewählt: monatliche Umsatzausfallzahlungen durch Finanzämter, die bei der nächsten Steuererklärung auf das Niveau des Vorjahresüberschusses gedeckelt werden.

Von den Notenbanken erwartet er weiterhin Helikoptergeld. Durch Klimaschutzmaßnahmen und der angestrebten Transformation der Wirtschaft befürchtet er eine massive Vernichtung von Vermögen und Wohlstand und damit ein



Foto: Daniel Stelter

*Mit Daniel Stelter trumpft die MIT beim ersten Onlineformat mächtig auf. Stelter war bis 2013 Unternehmensberater bei der Boston Consulting Group, Senior Partner und Managing Director. Als Autor zahlreicher Expertenbeiträge und Sachbücher liefert er einen unverstellten Blick auf die wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen unserer Zeit. Die FAZ zählt ihn in ihrem Ökonomen-Ranking 2019 zu den einflussreichsten Ökonomen Deutschlands.*

Inflationsrisiko. Trotz seiner Kritik an einer Transferunion hält er ein Modell für denkbar, bei dem die EU-Staaten ihre Schulden von bis zu 75 Prozent des BIP auf die EU verlagern, um diese dann über die EZB mit ewigen Eurobonds als „Endlager“ zu refinanzieren. Deutschland hätte so wieder finanziellen Spielraum, um zu investieren oder Steuern zu senken und die Kosten der alternden Gesellschaft zu tragen. Für Deutschland hält er Direktinvestitionen in Europa für sinnvoller als weiterhin hohe Investitionen im Ausland, etwa in China. Er plädiert für einen Staats-/Vermögensfonds mit einem geschenkten Anfangskapital von 25.000 Euro für jeden unter 65 Jahren. Zugriff sollte erstmalig nach zehn Jahren möglich sein und für freiwillige, zusätzliche Einlagen sollte es garantierte Mindestzinsen geben. Darüber hinaus diagnostiziert er zu wenig Immobilieneigentümer und sieht die Notwendigkeit für bessere Förderung, die Mieter zu Eigentümern macht.

---

## Hendrik Wüst mit Floriansplakette des NRW-Handwerks ausgezeichnet

**Nordrhein-Westfalen.** Der Landesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion NRW, Verkehrsminister Hendrik Wüst, wurde mit der Floriansplakette ausgezeichnet. Stellvertretend für die Dachorganisation HANDWERK.NRW und der Schornsteinfegerinnung überreichte ihm Schornsteinfegermeister Andres Ehlert diese besondere Auszeichnung zu Beginn des Jahres.

Mit der Floriansplakette wird eine Persönlichkeit ausgezeichnet, die sich besonders für das Handwerk und den Mittelstand in NRW einsetzt.

Hendrik Wüst wurde damit für seinen Einsatz für mittelständische und wirtschaftliche Themen und der landesweiten Einführung des neuen Azubi-Tickets geehrt.

Er freut sich über die Anerkennung seiner Arbeit im Verkehrsministerium und sieht es als Ansporn, die Mobilität in NRW zu bessern. Wüst sieht die Mobilität Nordrhein-Westfalens als wichtigen Faktor für Lebensquali-



Foto: MIT NRW

*Andreas Ehlert, Präsidenten der Dachorganisation des nordrhein-westfälischen Handwerks HANDWERK.NRW, übergibt die Floriansplakette an Landesverkehrsminister Hendrik Wüst. Foto: MIT Nordrhein-Westfalen*

tät der Menschen und als wichtigen Standortfaktor für das Handwerk und den Mittelstand an.

Hendrik Wüst nahm diese Anerkennung aber nicht nur für sich an,

sondern auch für die gesamten Mitstreiter der MIT, die diese Wertschätzung vertreten und sich für einen starken und stabilen Mittelstand einsetzen.

---

## MIT-Landesgeschäftsstelle freut sich über Praktikantin

**Nordrhein-Westfalen.** Zum neuen Jahr begann die Studentin Teja Celik ihr sechswöchiges Pflichtpraktikum in der Landesgeschäftsstelle der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Nordrhein-Westfalen.

Teja Celik studiert an der Universität Würzburg Political and Social Studies, mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen mit dem Fokus auf Außen- und Sicherheitspolitik sowie Friedens- und Konfliktforschung.

Durch ihre Teilnahme an dem National Model United Nations (NMUN) Projekt an ihrer Universität lernte sie bereits Politik und Diplomatie im internationalen Kontext anzu-

wenden. Dafür vertrat sie die Demokratische Republik Kongo bei der größten akademischen Simulation der Vereinten Nationen (UN) im Spezialkomitee für UN-Friedensmissionen.

Seit 2019 ist sie Vorstandsmitglied der United Nations Association (UNA) e.V. Würzburg und versucht internationale Politik in ihre Studienstadt Würzburg zu bringen. Bei der UNA lernte sie als aktives Mitglied die Vereinsstruktur kennen und verschiedene Veranstaltungen, wie Vorträge und Diskussionen zu planen. Nun will sie nationale Politik erleben und ihr theoretisches Wissen in die Praxis umsetzen.

Da Celik selbst in Nordrhein-Westfalen geboren und aufgewachsen ist, wollte sie sich für ein Praktikum bei der MIT NRW bewerben. Schwierig in der Coronazeit, denn leider gibt es zurzeit kaum Praktikumsplätze, weder für allgemeine Berufsorientierung noch für Studenten.

Deswegen entschied Stefan Simmacher auch, dass die MIT selbst zumindest ein kleines bisschen mithilft: „Normalerweise sind Praktikumsplätze bei uns nicht Usus, aber hier passte es einfach. Wir konnten einspringen in Zeiten, in denen es wirklich schwierig ist. Das geht auch während Corona – man muss es nur richtig organisieren und die Durchfüh-

„Anpassung an.“ Aufgrund der Pandemie findet das Praktikum nicht wie gewohnt vor Ort im Büro der MIT NRW im Heinrich-Köppler-Haus, sondern weitgehend im Home-Office statt. Auch von dort aus erhält sie eine Vielzahl an Einblicken in die Landespolitik.



Teja Celik fand bei Antritt ihres Praktikums schon mal Ludwig Erhard ganz gut.

Dabei nimmt Stefan Simmnacher Frau Celik mit in seinen Alltag als Landesgeschäftsführer der MIT. Videokonferenzen und Online-Meetings bieten auch einen guten Einblick in Mittelstands- und Wirtschaftspolitik.

Gerade jetzt in Zeiten der Pandemie und zum Zeitpunkt der Wahl des neuen Bundesvorsitzenden der CDU ist einiges los.

Zuständig ist Teja Celik in ihrem Praktikum für Pressearbeit, Social Media und für die Gestaltung der neuen Website der MIT. Die Studentin erhält somit einen spannenden und interessanten Eindruck in die Arbeit der Landesgeschäftsstelle und viele mittelstands- und wirtschaftspolitische Themen.

## Die Zukunft der Mobilität – Digitales Rhein-Sieg-Gespräch mit der Vorsitzenden des VDA

**Rhein-Sieg.** Keine Industrie hat aktuell mehr Herausforderungen zu leisten als die Automobilindustrie und der damit stark verbundene Mittelstand. Mit diesem drängenden Thema beschäftigten sich daher die Rhein-Sieg-Gespräche, eine gemeinschaftliche Veranstaltung der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Rhein-Sieg und der Jungen Union Rhein-Sieg.

Als Referentin hatten sie mit Hildegard Müller, Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), eine ausgewiesene Kennerin der Materie gewinnen können. Derzeit rechnet der VDA für Europa mit einem Rückgang des Automarktes in diesem Jahr von 25 Prozent. Unter anderem sieht Hildegard Müller steuerliche Rahmenbedingungen und Infrastrukturprobleme als Hemmschuh. Neuen Schub für Wachstum und sichere Arbeitsplätze könnte nach ihrer Auffassung die Umstellung auf E-Mobilität und Digitalisierung der Mobilität geben. Engpass bei ersterem ist derzeit aber das Ladenetz.

Speziell zu diesem Thema hat die MIT Rhein-Sieg einen renommierten Experten in ihren eigenen Reihen. Ihr stellvertretender Vorsitzender, der Troisdorfer Elektromeister Martin Böhm, ist mit seiner Unternehmenssparte Böhm-E-Mobility der regionale Hidden Champion in diesem Bereich. Früh hat er die wachsende Bedeutung der E-Mobilität erkannt und setzt seit mehreren Jahren auf den Ausbau des Ladenetzes. Von den derzeit existierenden rund 32 000 Ladepunkten wurden bereits mehr als 2.500 Säulen von dem Troisdorfer Elektrobetrieb gebaut.

Und der Bedarf wächst weiter. Der Masterplan Ladeinfrastruktur der Bundesregierung sieht vor, dass bis 2030 eine Million öffentliche Ladepunkte aufgebaut werden sollen. Um dieses

Ziel zu erreichen, würde man jedoch ab sofort etwa 2000 neue Ladepunkte pro Woche benötigen – rund zehnmal so viel wie derzeit wöchentlich neu errichtet werden. Das erklärte Ziel des VDA ist daher ein besserer und schnellerer Ausbau der Ladeinfrastruktur. Dafür fordert die Verbandschefin einen „Ladenetz-Gipfel mit allen Playern“.



Die Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie, Hildegard Müller und die Veranstalter des digitalen Gesprächs sowie Interessierte.

Das Thema stieß auf breites Interesse. Die Vorsitzenden der MIT und der JU Rhein-Sieg, Andreas Stolze und Angelina Keuter, konnten zahlreiche Teilnehmer begrüßen.

Als Ehrengäste waren die Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium Elisabeth Winkelmeier-Becker und Bürgermeister a. D. Horst Krybus zugeschaltet, denn als Novum fand das Gespräch – bedingt durch die Corona-Situation – erstmals digital als Zoom-Meeting statt.

„Das war für uns alle Neuland, aber der Start hat – nicht zuletzt dank der Jungen Union, die die Technik gestellt hat – hervorragend geklappt“, sagte Andreas Stolze. „Wir werden dieses Format sicher auch bei weiteren Veranstaltungen einbinden können“.

## Viersen überrascht Ehrenvorsitzendem zum runden Geburtstag

**Kreis Viersen.** Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion des Kreises Viersen gratulierte im Januar in St. Tönis dem Ehrenvorsitzendem Günter Stammes zum 70. Geburtstag. MIT-Kreisvorsitzender Maik Giesen brachte ihm, gemeinsam mit dem MIT-Kreisgeschäftsführer Tobias Robl, coronakonform MIT-Geburtstagspräsente vorbei.

Stammes hatte viele Jahre den MIT-Kreisverband erfolgreich geleitet. Als Geschäftsführer der Druckerei Stammes in Tönisvorst hatte er den elterlichen Betrieb bis zur erfolgreichen Betriebsübernahme geführt und widmet sich seitdem ehrenamtlichen Aufgaben. Bis heute berät der Jubilar den MIT-Kreisverband als auch den MIT-Bezirksverband Niederrhein und ist bei MIT-Landesversammlungen als Delegierter weiterhin aktiv dabei.

Günter Stammes ist hervorragend vernetzt und gibt der MIT wertvolle Tipps, aber auch kritische Hin-



Der MIT-Kreisvorsitzende Maik Giesen und der MIT-Kreisgeschäftsführer Tobias Robl bringen dem Ehrenvorsitzenden Günter Stammes (Mitte) die MIT-Geburtstagspräsente vorbei.

weise, die der MIT-Kreisvorsitzende Maik Giesen sehr schätzt. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion hofft, ihn auch weiterhin viele Jahre als wertvolles Mitglied an ihrer Seite zu wissen.

## Das Gastgewerbe braucht dringend Unterstützung

**Bayern.** Im Hotel und Gaststättengewerbe haben drei Viertel aller gastronomischen Betriebe Existenzangst – ein Viertel denkt sogar daran, ganz aufzuhören. Dies ergab eine Umfrage der DEHOGA (Deutscher Hotel- und Gaststättenverband) im bayerischen Gastgewerbe. Anders als bei anderen, ebenfalls von der Corona-Krise betroffenen Gewerken, ist die Renditedecke noch geringer, weil etwa sechsmal so viele Angestellte benötigt werden, um den gleichen Umsatz wie im Handel zu erzielen. Brauereigasthöfe stecken überdies in einer besonders prekären Lage, denn die Antragstellung auf November-/Dezemberhilfe scheitert bei Mischbetrieben häufig an der 80:20 Regelung. Außerdem wird befürchtet, dass durch die schleppende Auszahlung der November- und Dezemberhilfen viele Hotels und Gaststätten schließen müssen. Die Überbrückungshilfen wurden zwar vollmundig angepriesen, aber bisweilen nicht ausbezahlt.

Hier gilt es zügig zu handeln. Vermittlung und Hilfestellung sind nötig. Deshalb hat die Mittelstands-Union Niederbayern am 27.01.2020 mit ihrem Bezirksvorsitzenden Peter Erl zu diesem Thema zu einer bezirksübergreifenden Web-Videokonferenz eingeladen. Mit dabei waren der Landesgeschäftsführer der DEHOGA und MU-Bezirksvorsitzender von Oberbayern, Dr. Thomas Geppert, der MU-Bezirksverband München mit BV Claudius Wolfurum und der MU-Bezirksverband Mittelfranken mit BV Dr. Robert Pfeffer.

Mit Dr. Thomas Geppert hatte man einen anerkannten Referenten gewonnen, der die Nöte des Gastgewerbes genau kennt. Die Videokonferenz besuchten knapp 100 Mitglieder der oben genannten Bezirksverbände sowie einige Ehrengäste und MIT-Mitglieder wie Margarete Reiser, um zu diskutieren und gemeinsam eine Strategie zu entwickeln. Außerdem gaben sich die Ehre: Thomas Erndl MdB, Bernhard Loos

MdB, Alois Rainer MdB, Florian Oßner MdL, Walter Taubeneder MdL und der ehemalige bayerische Finanzminister Georg Fahrenschon.

### Als Forderungen kristallisierten sich heraus:

1. Aussetzung oder zumindest Erhöhung der Grenze sowohl der Kleinbeihilfen auf fünf Millionen Euro, als auch des Temporary Framework auf zehn Millionen Euro, weil sonst wohl keine Rettungsgelder bei den Betrieben mehr ankommen.
2. Wenn wieder geöffnet wird, braucht man die Entfristung des reduzierten Umsatzsteuersatzes einschließlich der Getränke. Dies ist die einzige Möglichkeit, aus eigenen Kräften die Überschuldung der Betriebe mittelfristig in den Griff zu bekommen und das Gastgewerbe in eine gute Zukunft nach Corona zu führen.
3. Mischbetriebe (Brauereigasthöfe) sollen künftig wie Mischbetriebe mit Bäckereien oder Metzgereien behandelt und ihnen finanzielle Hilfen gewährt werden.
4. Das Hotel- und Gaststättengewerbe braucht einen Fahrplan für eine echte Öffnungsperspektive und zwar möglichst schnell.

Der eindringliche Appell des DEHOGA-Landesgeschäftsführers lautete: Keine falsche deutsche Bescheidenheit wie bei der Beschaffung des Impfstoffs durch die EU oder falsche Bescheidenheit im Beihilferahmen, denn in vielen anderen Ländern gibt es keine vergleichbare mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur. Jetzt gilt es, sich um eine sichere und gerechte Öffnungsstrategie zu kümmern und dem Dringlichkeitsantrag der CSU und FW im Landtag, wonach die Staatsregierung gebeten wird, ein Öffnungskonzept zu erarbeiten, zum Durchbruch zu verhelfen.

## Mit voller Kraft aus der Krise

**Bayern.** An Traditionen sollte man festhalten und sie stets an den aktuellen Zeitgeist anpassen. So hat die Mittelstands-Union Bayern (MU) am Dienstag, den 19. Januar 2021 ihren Neujahrsempfang abgehalten. Pandemiebedingt musste das Highlight zum Jahresauftakt jedoch virtuell stattfinden. Wie in jedem Jahr waren rund 200 Gäste aus den Reihen der MU, der Verbände und Kammern, sowie Pressevertreter aus ganz Bayern und Deutschland live dabei – wenn auch diesmal aus der Ferne zugeschaltet. Bis dato wurde der Stream rund 2000 Mal abgerufen.

Zu Beginn richtete der CSU-Generalsekretär Markus Blume MdL das Wort an die Zuschauer. Er bat um Unterstützung bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie, die weiterhin die Wirtschaft fest im Griff hat. Die Maßnahmen wirken und die Zahlen beginnen langsam zu sinken. Die anlaufenden Impfungen gäben Hoffnung, die Pandemie langfristig zu überwinden. Deswegen müsse man jetzt

die Wirtschaft einfach sei. Das sei ihm vor allem bei seiner Ankunft im sonst belebten Hauptbahnhof München deutlich geworden.

Zahlreiche Unternehmen unterschiedlichster Branchen seien von den coronabedingten Betriebsschließungen in ihrer Existenz bedroht, wenn die Auszahlung der versprochenen Ausfallzahlungen weiter auf sich warten lasse. Es sei obligatorisch, dass sich der Staat auch an seine Zusagen halten muss, wenn er weiterhin das Vertrauen der Bevölkerung genießen will. Linnemann berichtete von einem Austausch mit der Bayerischen IHK, die hierzulande mit der Abwicklung der Hilfszahlungen beauftragt wurde und mit Hochdruck daran arbeite. Das Kernproblem bei der Abwicklung sei jedoch die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellte Software, welche äußerst unzuverlässig funktioniere. Er mahnte auch für die Zukunft bei digitalen Projekten dieser Größe an: „Wir müssen dringend

schneller werden. Das funktioniert allerdings nur mit entsprechenden digitalen Innovationen in der Verwaltung und für die Implementierung geeigneter Spitzenkräfte.“

Linnemann forderte eine zeitnahe Öffnungsperspektive unter Rücksichtnahme auf das Pandemiegeschehen. Darüber hinaus müsse man sich noch viel stärker mit den Spätfolgen der Corona-Pandemie für unsere Gesellschaft auseinandersetzen. „Der momentan übermäßig starke staatliche Eingriff in das wirtschaftliche Geschehen darf nicht zum Regelfall



Foto: MU Bayern

Staatsminister a. D. Franz Josef Pschierer MdL begrüßt Dr. Carsten Linnemann MdB.

durchhalten. Die CSU werde sich dafür einsetzen, den Unternehmen zu helfen. Oberste Priorität habe die Beschleunigung der Hilfszahlungen, die immer noch äußerst schleppend erfolgten. Blume wünsche sich eine möglichst baldige Rückkehr zur Normalität.

Ehrengast war in diesem Jahr der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, Dr. Carsten Linnemann MdB, der vom Landesvorsitzenden der MU, Staatsminister a. D. Franz Josef Pschierer MdL, als „Gesicht und Stimme der Wirtschaft in der Unionsfraktion im Bundestag“ im Digitalstudio der CSU-Landesleitung begrüßt wurde.

In seinem Eingangsstatement machte Linnemann klar, dass die aktuelle Situation weder für die Politik noch für

werden. Der Erfolg der deutschen Wirtschaft ruht auf der Innovationskraft unserer Unternehmen. Nur durch sie können wir uns weiterhin im internationalen Wettbewerb mit anderen Staaten wie China messen, ohne dass wir unsere gesellschaftlichen Grundwerte aufgeben.“ Diese Grundeinstellung müsse auch dem Bundestagswahlprogramm 2021 der Union zugrunde liegen. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik müsse hier deutlich im Vordergrund stehen.

In der anschließenden Diskussion beantworteten Linnemann und Pschierer zahlreiche Fragen, die im Vorhinein eingegangen waren. Die gesamte Sendung können Sie unten oder auf unserer Facebookseite (LINK: <https://de-de.facebook.com/mittelstandsunion>) abrufen.

## MIT Harburg-Land weiterhin auf Erfolgskurs

**Harburg-Land.** Die MIT Harburg-Land hat den 50. Geburtstag der Niedersachsen MIT zum Anlass genommen, Revue passieren zu lassen, was die MIT in der Vergangenheit stark und erfolgreich gemacht hat und nach vorne zu blicken, wie wir auch

neut verloren ging“, erinnert Werner Biesterfeld, der auch heute noch im Vorstand aktiv ist. Es entstanden seit 1969 in der sozial-liberalen Koalition viele Gesetze und noch mehr Gesetzesvorhaben zulasten der Wirtschaft und der Arbeitgeber. Die Konjunktur

Thöle-Pries. „Ich halte als Vorsitzender eines Kreisverbandes viel von dem „Bottom-up-Ansatz“, für die Unternehmen vor Ort direkter Ansprechpartner zu sein. Bund und Land sind in der Gesetzgebung oftmals in einer Helikopterperspektive unterwegs, während wir gemeinsam mit den KMU daran wirken, die praktischen Auswirkungen optimal zu berücksichtigen. Dabei bleiben wir als MIT-Kreisverband auch Mahner und achten kritisch darauf, mit unserer fachlichen Expertise in Hannover und Berlin gehört zu werden.“



Foto: Wilfried Seyer, MIT

Frank Thöle-Pries (links) im Gespräch mit dem Gründungsmitglied der MIT Harburg-Land, Werner Biesterfeld.

künftig als wirtschaftspolitische Interessensvertretung erfolgreich sein können.

Der südlich von Hamburg gelegene Kreisverband Harburg-Land blickt auf eine prominente Liste von Vorsitzenden zurück. Das Gründungsmitglied Werner Biesterfeld stand Harburg-Land von 1976 bis 1991 vor. Unser ehemaliger Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarmann war von 1998 bis 2005 Vorsitzender des Kreisverbandes. „Beide sind mir als Ratgeber und Ansprechpartner sehr wichtig und ich schätze sie auch persönlich sehr“, so Frank Thöle-Pries (50), der seit 2020 Vorsitzender der MIT im Landkreis Harburg ist.

„Auslöser für die Gründung unseres Kreisverbandes war die Bundestagswahl 1972, die für die Union er-

schwächelte. Insolvenzen bekannter und kleiner Unternehmen nahmen beträchtlich zu. Wiederholt kam es zu Streiks.

In der CDU gab damals zahlreiche Gliederungen, jedoch kein Sprachrohr der Wirtschaft. Auch das war sicher ein Beweggrund. „Wir vermissen eine Vertretung. Wir Unternehmer sahen uns einer Ausweitung der Bürokratie gegenüber. Man konnte zwar einen Anrufbeantworter kaufen, aber gegen den Anschluss an das Telefon stand das Postmonopol. Dieses abzuschaffen war eine unserer ersten erfolgreichen Initiativen in den Bund hinein. Gute Beziehungen im Land halfen“, so Werner Biesterfeld.

„Das ist ein schönes Beispiel“, findet der amtierende Vorsitzende Frank

## 50 Jahre MIT

**Niedersachsen.** 50 Jahre MIT in Niedersachsen. Die Chronik gibt Rückblick und Einblick in das Engagement der Gliederungen. „Für uns in der MIT ist Zusammenhalt und Bereitschaft zum Engagement unserer Mitglieder wertvoll. Sie alle setzen sich ehrenamtlich für die Interessen des Mittelstandes ein. Dafür sind wir dankbar und das ist unsere Stärke“, so der Herausgeber der Chronik, H-Dieter Klahsen – stellvertretender Landesvorsitzender der MIT Niedersachsen.



Foto: MIT Niedersachsen

## MIT Braunschweig mit digitalem Neujahrsempfang

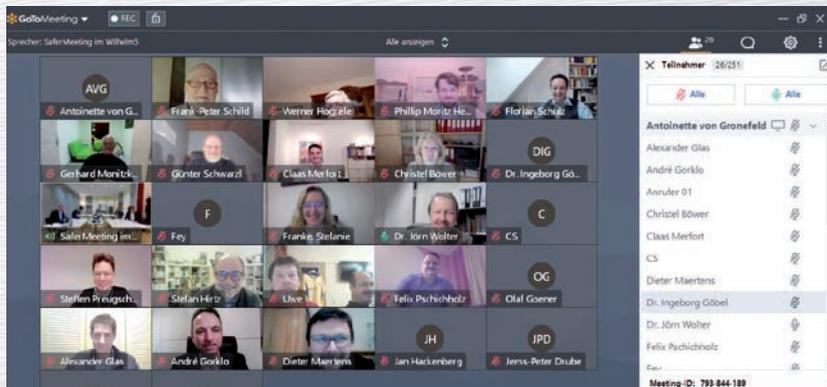


Foto: MIT Niedersachsen

Rege Teilnahme beim digitalen Neujahrsempfang.

**Braunschweig.** Mit der Vorstellung neuer Mitglieder im Netzwerk für den Mittelstand, einer Fragestunde und einem inhaltlichen Ausblick vom niedersächsischen Landtagsabgeordneten Oliver Schatta, lud die MIT Braunschweig unter ihrer Vorsitzenden Antoinette von Gronefeld zum digitalen Neujahrsempfang. Nur der Sekt war den Teilnehmern vorher „undigital“ zugeschickt worden.

Um den Neujahrsempfang nicht gänzlich virtuell verbringen zu müssen, hatte die MIT Braunschweig allen Mitgliedern eine Flasche Sekt übersandt. Über 40 Teilnehmer fanden sich am Dienstagabend digital zusammen, um zumindest über den Bildschirm anstoßen zu können.

Moderation und Zusammenführung der wenigen körperlich anwesenden Referenten erfolgte im Wilhelm5 nach dem „Safer Meeting“ Konzept. Dabei wurde der maximale Abstand gewahrt und alle Pandemievorschriften eingehalten. Außerdem gab es vorbildliche Maßnahmen zur Infektionsvermeidung, worauf sich das Wilhelm5 in der Krise spezialisiert hat.

Wichtiger Teil war die Vorstellung der neuen Mitglieder im MIT-Netzwerk: Rechtsanwalt Dr. Jörn Wolter, Dieter Maertens, Geschäftsführer der Maertens Immobilien GmbH und Stefan Hirtz, Geschäftsführer der HWNI Natursteinimport GmbH.

„Mittelstandsunion heißt neben vielem immer auch mehr Kontakte und Ansprechpartner gewinnen, konkrete Vorstellung von Neumitgliedern gehört dazu,“ sagte Antoinette von Gronefeldt, Vorsitzende der MIT.

Nach einem kurzen Rück- und Ausblick sprach der Geschäftsführer der MIT Niedersachsen Steffen Preugschat über Schwierigkeiten und Herausforderungen für den Mittelstand und wie er in seiner neuen Funktion angekommen ist. Nach der Diskussion mit Steffen Preugschat berichtete Oliver Schatta, Ratsherr und Landtagsabgeordneter der CDU für Braunschweig, aus der Landespolitik sowohl über Maßnahmen der Landesregierung in 2020 als auch über die Pläne für 2021. Von den MIT-Mitgliedern kamen nach dem Bericht Fragen insbesondere zu den Hilfen und Förderungen des Landes und der Auswirkungen auf den Haushalt die Oliver Schatta beantwortete.

Es stand somit alles im Zeichen von Informationsaustausch und Diskussion, ein Motto, dass sich die MIT Braunschweig laut Frau von Gronefeld ganz groß auf die Fahne geschrieben hat: „Wir sind nicht nur Interessenvertretung des Mittelstandes, sondern bieten unseren Mitgliedern – auch in der Pandemie – stets einen Mehrwert. Egal ob Expertenvortrag, direkter Draht in die Politik

oder gezielte Informationen, wir sind so breit aufgestellt, dass wir immer jemanden haben, der das Themenfeld fachkundig begleiten oder bearbeiten kann.“

Abschließend wurden Gedanken- und Motivationsimpulse von Pfarrer Rüdiger Becker, dem Vorstandsvorsitzenden und Direktor der evangelischen Stiftung Neuerkerode und des Marienstifts sowie eine Vorstellung von Kaspar Haller, der für die CDU als parteiloser Kandidat zur Oberbürgermeisterwahl antreten möchte, digital zur Verfügung gestellt.

## Vierlinge geboren

Vierfaches Babyglück zum Jahresbeginn: Am 26. Januar 2021 erblickten Maria, Sophia, Antonia und Johannes Paul das Licht der Welt. Stolzer Vater ist Mirco Weiß, Bezirksvorsitzender der MIT Hildesheim und Diözesansekretär im Kolpingwerk Diözesanverband Hildesheim e.V. Alle Kinder und Mutter Martha sind gesund und wohlauf. Die MIT in Niedersachsen freut sich mit den Eltern und wünscht alles Gute!



Foto: privat

Mirco Weiß, Diözesansekretär im Kolpingwerk Diözesanverband Hildesheim e.V.

## Antrag der MIT Schleswig-Holstein wird bei der EU in Brüssel diskutiert

**Kreisverband Plön.** Im Frühsommer 2020 hatte der Plöner Kreisverband der Mittelstands- und Wirtschaftsunion den Vorschlag eingebracht, aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage durch die Corona-Krise, die europaweit geltende De-minimis-Regel für Beihilfen zu erhöhen. Der Gedanke hinter diesem Vorstoß war es, dass dadurch Anreize für zukunftsweisende Investitionen vor Ort geschaffen werden, die zugleich die regionale Wirtschaft stärken.



Foto: AdobeStock - Wolflier

Den Vorschlag des Plöner Kreisverbandes, dessen Gebiet eine sehr ländlich geprägte Region in Schleswig-Holstein darstellt, nahm der schleswig-holsteinische MIT-Landesverband sofort auf und brachte diesen in weitere Gremien ein. Der MIT-Landesvorsitzende Stefan Lange stellte diesen Antrag unter anderem im MIT-Bundesvorstand und im CDU-Landesvorstand vor. „Von einer vorübergehenden Erhöhung der De-minimis-Regelung würden nicht nur die Unternehmen und Antragssteller profitieren, die eine Förderung erhalten, sondern die gesamte regionale Wirtschaft, die maßgeblich an der Umsetzung der geförderten Projekte beteiligt wäre“, begründet MIT-Landesvorsitzender Stefan Lange das engagierte Bemühen für diesen Antrag.

Alle Gremien folgten diesem Antrag mit einem positiven Votum und mit der geballten Ladung Rückenwind von der Landes- und Bundesebene. Der Antrag für die Erhöhung der De-minimis-Regel ist dann zur EU nach Brüssel geschickt worden. Der CDU-Landesvorstand hatte in Absprache mit der MIT den schleswig-holsteinische Europaabgeordneten Niclas Herbst gebeten, dieses Anliegen in Brüssel mit Nachdruck zu vertreten. Zugleich hat der MIT-Bundesverband diesen Vorstoß auch an die Vertreter des Parlamentskreises Mittelstand im EU-Parlament, Dr. Markus Pieper und Markus Ferber, herangebracht. Die drei EU-Abgeordneten Herbst, Pieper und Ferber haben darauf einen gemeinsamen Brief an die zuständige Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager verfasst und die Forderung nach einer europaweiten De-

minimis-Erhöhung an Sie herangetragen. „Der EU kommt insbesondere bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise eine maßgebliche Rolle zu. Daher sind Maßnahmen, die gezielt die regionale Wirtschaft stärken sehr wichtig, weil sie nachhaltig wirken und neue Strukturen schaffen“, so der Europaabgeordnete Niclas Herbst. Positive Signale habe die Europäische Kommission dazu bereits im vergangenen Jahr zu Beginn der Krise gesendet mit der Verlängerung des befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen und dem Fitness Check im Oktober 2020.

Die europaweite De minimis-Regel sieht vor, dass ein Unternehmen in drei Steuerjahren maximal 200.000 Euro Fördergelder bekommen darf. Auf diese Weise soll sichergestellt sein, dass es durch Fördergelder zu

keiner Wettbewerbsverzerrung kommen kann. Gleich zu Beginn der Corona-Krise wurden diese Regelungen insbesondere für Hilfgelder und Förderkredite hochgesetzt. Der Antrag der MIT sieht vor, den derzeitigen Höchstbetrag für öffentliche Fördergelder von 200.000 Euro für Unternehmen in drei Steuerjahren europaweit auf 500.000 Euro hochzusetzen.

Ein solches EU-weites Vorgehen hatte es bereits in der Wirtschaftskrise 2008/2009 gegeben. Ziel war damals wie heute mit dieser Erhöhung die regionale Wirtschaft nachhaltig zu stärken und zugleich die Regionen durch unternehmerische Investitionen zukunftsfähig weiter zu entwickeln.

Bei der Erhöhung der „De minimis-Regelung“ geht es nicht um die Schaffung zusätzlicher Fördergelder, sondern um die Möglichkeit für zukunftsweisende Projekte auch an Unternehmen höhere Fördermittel aus vorhandenen Fördertöpfen vergeben zu können.

Insbesondere in den ländlichen Regionen kommen unternehmerische Projekte für Förderung in Frage, die die Wirtschaftskraft steigern, neue Arbeitsplätze schaffen, Bildungsangebote stärken sowie dem demographischen Wandel entgegenwirken und die zugleich maßgeblich zur Steigerung der Lebensqualität der Menschen beitragen. „Wir freuen uns sehr darüber, dass unser Vorschlag zur Erhöhung der De-minimis Regel bisher soviel Zuspruch und Unterstützung bekommen hat und sind gespannt, wie es mit diesem Thema jetzt bei der EU-Kommission weitergeht“, berichtet Kirsten Voß-Rahe vom Plöner MIT-Kreisverband. Voß-Rahe hatte den Anstoß für diesen Antrag gegeben und freut sich sehr darüber, dass er bereits in so vielen Gremien diskutiert und in denen auch inhaltlich weiterentwickelt wurde.

## MITeinander Gesetze MITgestalten

**Hessen.** Der Landesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) der CDU Hessen, Marco Reuter, hat mit Hessens Justizministerin



Marco Reuter

Foto: MIT Bund

über den Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft gesprochen. Eva Kühne-Hörmann hatte sich zuletzt mehrfach gegen das „Unternehmensstrafrecht“ ausgesprochen und unter anderem in einem gemeinsamen Brief mit den Justizministerinnen und Justizministern der Union an die Bundeskanzlerin eine umfassende Überarbeitung des Vorhabens gefordert.

Die Staatsanwaltschaften sollen dazu verpflichtet werden, bei Straftaten, die durch einzelne Beschäftigte eines Unternehmens begangen worden sind, auch Ermittlungen gegen das Unternehmen als solches einzuleiten. Derzeit können nach dem Strafrecht nur Menschen, etwa Leitungspersonen, für ihr Handeln zur Rechenschaft gezogen werden.

Kühne-Hörmann erklärte dazu: „Aus meiner Sicht ist die Signalwirkung des Entwurfs bedenklich. Er belastet in dieser Form gerade die durch die Corona-Pandemie stark herausgeforderte Wirtschaft. Unbestritten ist, dass es unser gemeinsames Ziel sein muss, das Vertrauen in die Wirtschaft

zu stärken. Dieses Ziel erreicht der Entwurf aber nicht und ist unausgereift.“ Kühne-Hörmann kritisiert zudem, dass Unternehmen unter Druck gesetzt werden, um einer öffentlichen Brandmarkung zu entgehen. So sollen sie mit dem Staat kooperieren, damit Urteile nicht veröffentlicht werden. Außerdem beanstandet die Justizministerin, dass durch die Strafen im Unternehmen die Falschen belastet werden: „Den Unternehmen drohen große finanzielle Risiken, die in letzter Konsequenz vor allem die redlichen Mitarbeiter, Gesellschafter und Aktionäre treffen. Die Erfahrung zeigt, dass die Verantwortlichen nach den Taten sehr häufig das Unternehmen verlassen (müssen). All diese Regelungen erfolgen ohne große Not. Derzeit können Unternehmen nämlich bereits wegen Ordnungswidrigkeiten belangt werden. Eine Rechtsfortbildung in diesem Bereich halte ich für wesentlich sinnvoller.“

Das vollständige Interview lesen Sie auf: [www.mit-hessen.de/artikel/interview-des-mit-landesvorsitzenden-zum-geplanten-gesetz-zur-staerkung-der-integritaet-der](http://www.mit-hessen.de/artikel/interview-des-mit-landesvorsitzenden-zum-geplanten-gesetz-zur-staerkung-der-integritaet-der).



Eva Kühne-Hörmann

Foto: Laurence Chaperon

## Rheinland-Pfalz

### Erster Online-Bezirkstag der MIT Rheinhesen-Pfalz

**Rheinhesen-Pfalz.** Erzwingen durch die Beschränkungen der Corona-Pandemie schaltete sich am 21. Januar der erste Online-Bezirkstag der MIT Rheinhesen-Pfalz zusammen. Bezirksvorsitzender Lukas Spiegel konnte 80 Teilnehmer begrüßen. Prominente Gäste waren der CDU Spitzenkandidat zur Landtagswahl, Christian Baldauf MdL, Christine Schneider MdEP und MIT-Landesvorsitzender Gereon Haumann.

Ohne anstehende Wahlen gab es spannende und intensive Diskussionen. Christian Baldauf zog eine ernüchternde wirtschaftspolitische Bilanz aus dreißig Jahren SPD-Führung in Rheinland-Pfalz und stellte die wirtschaftli-



Foto: Birringer

Screenhot der Teilnehmer am Online-Bezirkstag.

chen Ziele einer neuen Landesregierung vor: Stärkere Hochschulen für Forschung und Entwicklung, Dynamik für Existenzgründungen, Lückenlose digitale Infrastruktur auf den Stand der Technik, Anreize für Betriebsnachfolger und Betriebsgründer vom Handwerk bis zum Familienunternehmen.

Christine Schneider stellte die Wiederaufrichtung der Wirtschaft nach der Corona-Krise in der EU in den Mittelpunkt. Die schleppende Auszahlung im Land, der immer drängender werdende Ausstieg aus dem Lockdown mit sicheren Perspektiven für Normalität waren ein Schwerpunkt der Debattenbeiträge.

Dazu gehörten auch die Sorgen um Verzögerungen bei den Impfstoff-Lieferungen.

Christine Schneider begründete, dass die EU am hart umkämpften Markt ein gewichtigerer Einkäufer für die Serien ist als jeder einzelne Nationalstaat. Die Pandemie kann nur gemeinsam besiegt werden.

Gereon Haumann mahnte, die wirtschaftliche Normalisierung und den Neustart der besonders geschädigten Branchen zum Kernthema der Landtagswahl zu machen.

Ein lebendiger Bezirkstag, der gezeigt hat, dass der Mittelstand voller Sorgen ist und schlüssige politische Lösungen erwartet.

## Brandenburg

### 2021 – Das Jahr der Hoffnung

**Brandenburg.** Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion Märkisch-Oderland begann das Jahr pandemiebedingt mit einer digitalen Neujahrskonferenz via Skype.

Der Kreisvorsitzende Stephan Blumenthal lud gemeinsam mit André Schaller MdL unter dem Motto: „2021, das Jahr der Hoffnung“ zum Dialog.

Prominente Gastredner gaben Mut und Auskunft aus erster Hand. Der Generalsekretär Paul Ziemiak lobte die Arbeit und stimmte zum damals noch bevorstehenden Parteitag ein.

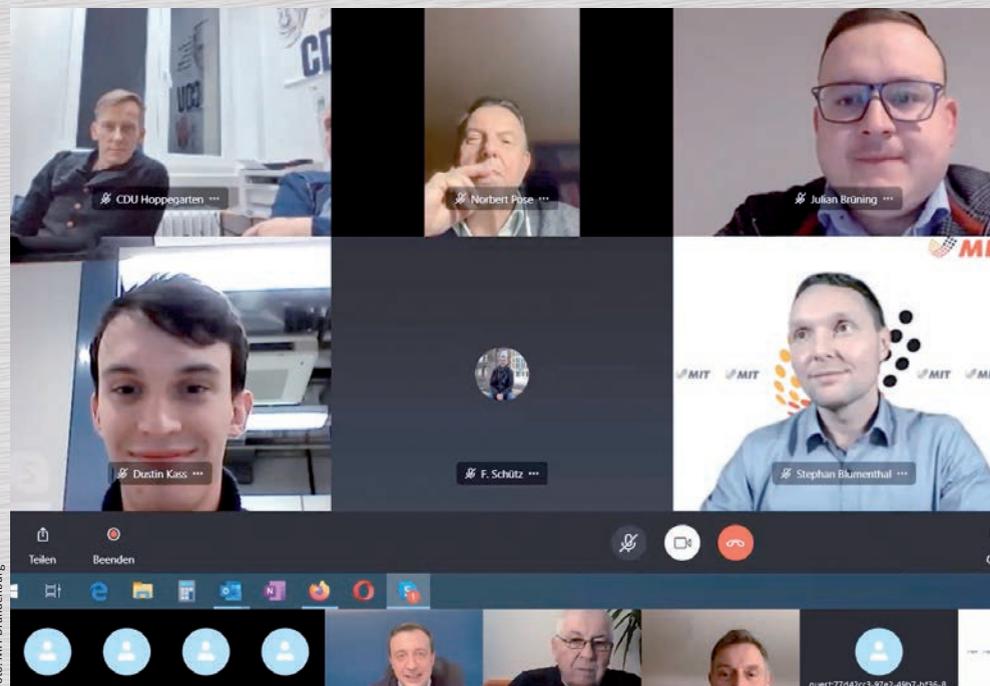
Der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Frank Bommert MdL berichtete exklusiv aus dem Landtag.

Mit Julian Brüning MdL als Landesvorsitzenden der Jungen Union Brandenburg und Dustin Kass, dem Kreisvorsitzenden der Jungen Union MOL, war auch dies CDU-Jugend stark vertreten. Beide konnten eine moderne, ja globale Sicht auf die Wirtschaft- und Arbeitssituation bieten.

Der Diplom-Finanzwirt Stephan Blumenthal gab auf Grundlage analysierter Wirtschaftsdaten trotz anhaltender Pandemie einen vorerst optimistischen Ausblick für den deutschen Mittelstand. Die Maßnahmen der Regierungen hätten einen negativen Dominoeffekt bei Markteinbrü-

chen bisher verhindern können. Zugleich mahnte er kritisch auch auf Fehler bei den beschlossenen Hilfen an. Zu pauschal, zu ungenau, zu lang-

einige Branchen kurz vor dem Kollaps sind. Zahlreiche Mitglieder und Gäste folgten der Einladung interessiert und lauschten den Gastrednern



Großes Interesse an der digitalen Neujahrskonferenz.

sam und zu ungerecht seien die Hilfspakete immer noch. Auch dürfen optimistische Wirtschaftsprognosen nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit Gastronomie, Tourismus, Kultur

so gespannt, dass die Veranstaltung zeitlich deutlich überzogen wurde.

In jedem Falle ein gelungenes Format, wie die Teilnehmer\*innen nachträglich sagten.

**Herausgeber**

Mittelstands- und Wirtschaftsunion  
 Bundesgeschäftsstelle  
 Schadowstraße 3 · 10117 Berlin

**Redaktion**

V.i.S.d.P. für die MIT-Landesverbände:

- Baden-Württemberg: Ulla Müller-Eisenhardt  
mueller-eisenhardt@mit-bw.de
- Bayern: Alexander Gropp  
mu@csu-bayern.de
- Berlin: Stefan Böhm  
stefanboehm@mit-berlin.de
- Brandenburg: Hans-Peter Pohl  
hpohl@mit-bb.de
- Bremen: Kai Stadie  
stadie@mit-bremen.de
- Hamburg: Thomas Klömmner  
info@mittelstand-hamburg.de
- Hessen: Lukas Henke  
geschaeftsfuehrer@mit-hessen.de
- Mecklenburg-Vorpommern: Patrick Sevecke  
info@mit-mv.de
- Niedersachsen: Steffen Preugschat  
preugschat@mit-niedersachsen.de
- Nordrhein-Westfalen: Stefan Simmnacher  
stefan.simmacher@mit-nrw.de
- Rheinland-Pfalz: Helmut Klapheck  
helmut.klapheck@mit-rlp.de
- Saarland: Sarah Gillen  
s.gillen@cdu-fraktion-saar.de
- Sachsen: Frederic Wutzler  
frederic.wutzler@mit-sachsen.de
- Sachsen-Anhalt: Tobias Schmidt  
schmidt@cdufraktion.de
- Schleswig-Holstein: Thomas Klömmner  
mit@cdu-sh.de
- Thüringen: Prof. Dr. Regina Polster  
MIT@cdu-erfurt.de

**Verlag und Druck**

Union Betriebs-GmbH (UBG)  
 Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach  
 Telefon: 02226-802-213  
 Telefax: 02226-802-222  
 E-Mail: verlag@ubgnet.de oder  
 mit-mittelstandsmagazin@ubgnet.de

**Projektleitung**

Sonja Bach-Meiers  
 E-Mail: verlag@ubgnet.de

**Redaktion**

Gabriele Grabowski  
 E-Mail: mit-mittelstandsmagazin@ubgnet.de

**Art-Direktion**

UBG, Betriebsstätte Berlin

**Titelbilder**

Daniel Stelter, MIT NRW, MU Bayern,  
 Wilfried Seyer, MIT Hessen, Birringer,  
 MIT Thüringen

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung  
 nur mit Genehmigung der MIT.

## Thüringen

### Petra Thieme ist neue Landesgeschäftsführerin

**Thüringen.** Kurz vorm Jahreswechsel hat der Landesvorstand der MIT Thüringen seine neue Landesgeschäftsführerin Petra Thieme in ihrem Amt bestätigt.

Nachdem die langjährige Landesgeschäftsführerin der MIT, Eva-Maria Sieringhaus in den Ruhestand verabschiedet wurde, konnte mit Petra Thieme eine erfahrene und kompetente Frau gewonnen werden, die die Organisation und Schlagkraft der Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU Thüringen weiter verstärken wird.

Die Ostthüringerin Petra Thieme, von Hause aus Diplomingenieurin für wissenschaftlichen Gerätebau/Feinwerktechnik, verfügt aufgrund Ihrer Tätigkeit in verschiedenen beruflichen Leitungsfunktionen wie in der Baubranche und als international tätige Beraterin zu Unternehmensgründung und Unternehmensnachfolge über sehr gute Kenntnisse der KMU-geprägten Thüringer Wirtschaftsstruktur.

Darüber hinaus ist sie seit Jahren in verschiedenen kommunal- und landespolitischen CDU-Ämtern und MIT-Gremien aktiv.

Als MIT-Kreisvorsitzende im Saale-Holzlandkreis ist sie seit Jahren eine geschätzte Ansprechpartnerin bei den tagtäglichen Problemen der Unternehmer. Damit bringt sie nach Ansicht des MIT-Landesvorstandes

all das mit, was eine hauptamtliche Vereinigungsgeschäftsführerin haben muss.

Als Kernaufgaben sieht Thieme die weitere Verstärkung der Mitglieder-



Foto: MIT Thüringen

Landesgeschäftsführerin Petra Thieme

werbung und der Kampagnenfähigkeit der Wirtschaftsvereinigung: „Für das Jahr 2021 kann die Mittelstands- und Wirtschaftsunion in Thüringen personell und inhaltlich eine große Unterstützung für die Wahlkämpfe sein. Wir wollen dazu beitragen, dass allen klar wird: Der coronagebeutelte Mittelstand in Thüringen braucht eine verlässliche Wirtschaftspolitik, die es derzeit unter der Regie von Rot-Rot-Grün nicht gibt.“